

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Siegfried Vergin,
Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der SPD**
— Drucksache 12/5602 —

Rechtsextremismus und Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland: Fakten, Ursachen und Gegenmaßnahmen

A. Problem

Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, dem Deutschen Bundestag jährlich, erstmals zum 1. November 1993, einen umfassenden Bericht über die Entwicklung von Rechtsextremismus und Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen, der sich an der Empfehlung 16 des Untersuchungsausschusses „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ des Europäischen Parlaments orientiert, der 1990 in seinem Bericht über die Untersuchungsergebnisse des Ausschusses der Kommission der Europäischen Gemeinschaft vorgeschlagen hat, regelmäßig einen Bericht über Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (einschließlich rechtsextremer und faschistischer Gruppen) in der Gemeinschaft ausarbeiten zu lassen, unter besonderer Berücksichtigung jener Gebiete, in denen Minderheitsgruppen stark vertreten sind oder wo häufig Konflikte auftraten, und diesen dem Europäischen Parlament zu übermitteln.

B. Lösung

Unter Erledigterklärung des Antrags begrüßt der Deutsche Bundestag in einer Entschließung die ausführliche Berichterstattung der Bundesregierung über die Entwicklung rechtsextremistischer

Gewalt und ihrer Ursachen im Verfassungsschutzbericht 1993. Er erwartet, daß diese Praxis auch in den künftigen Verfassungsschutzberichten und Kriminalstatistiken beibehalten wird.

Einstimmigkeit im Ausschuß**C. Alternativen**

Eigener Bericht im Sinne des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. folgender Entschließung zuzustimmen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die ausführliche Berichterstattung der Bundesregierung über die Entwicklung rechtsextremistischer Gewalt und ihrer Ursachen im Verfassungsschutzbericht 1993. Er erwartet, daß diese Praxis auch in den künftigen Verfassungsschutzberichten und Kriminalstatistiken beibehalten wird. Die fundierte Information über Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ist von großer Bedeutung nicht nur für die Politik, sondern auch für eine sachliche Berichterstattung der Medien und für die Beurteilung durch die Öffentlichkeit;

2. den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/5602 für erledigt zu erklären.

Bonn, den 10. Juni 1994

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath
Vorsitzender

Georg Brunnhuber
Berichterstatter

Jochen Welt

Dr. Burkhard Hirsch

Bericht der Abgeordneten Georg Brunnhuber, Jochen Welt und Dr. Burkhard Hirsch

I. Zum Verfahren

1. Der Antrag — Drucksache 12/5602 — wurde in der 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. September 1993 an den Innenausschuß federführend und an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Frauen und Jugend und den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur Mitberatung überwiesen.

2. Der Ausschuß für Frauen und Jugend hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD ebenfalls Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD — bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste — gebeten zu prüfen, inwieweit der jährlich zu erstellende Verfassungsschutzbericht ergänzt bzw. in seiner Struktur, insbesondere zur politischen Bildungsarbeit, weiterentwickelt werden kann, um noch umfassender über Fakten, Ursachen und Gegenmaßnahmen zu Rechtsextremismus und Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu berichten.

Der Rechtsausschuß hat mitgeteilt, daß er auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet.

3. Der Innenausschuß hat den Antrag auf Drucksache 12/5602 in seinen Sitzungen am 12. Januar und

18. Mai 1994 beraten und dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. einstimmig zugestimmt, nachdem die Fraktion der SPD mit Rücksicht darauf ihren Antrag für in der Sache erledigt erklärt hat.

II. Zur Begründung

Der Ausschuß hat seine Beratung des Antrags vom Vorliegen des Verfassungsschutzberichtes 1993 abhängig gemacht. Bei der Diskussion dieses Berichts der Bundesregierung hat er Einvernehmen dahin erzielt, nicht einen eigenen Bericht über die Entwicklung von Rechtsextremismus und Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu verlangen, sondern, wie das auch der mitberatende Ausschuß für Bildung und Wissenschaft empfohlen hat, den jährlichen Verfassungsschutzbericht um diese Informationen anzureichern. Er ist dabei davon ausgegangen, daß eine fundierte Information über Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur für die Politik, sondern auch für eine sachliche Berichterstattung der Medien und für die Beurteilung durch die Öffentlichkeit von großer Bedeutung ist.

Der Vertreter der Bundesregierung hat diese erweiterte Art der Berichterstattung zugesagt, jedoch darauf hingewiesen, daß man dabei im Verfassungsschutzbericht die linke wie die rechte Seite berücksichtigen müsse.

Die antragstellende Fraktion der SPD hat daraufhin ihren Antrag auf Drucksache 12/5602 inhaltlich für erledigt erklärt.

Bonn, den 10. Juni 1994

Georg Brunnhuber

Jochen Welt

Dr. Burkhard Hirsch

Berichterstatter